



Ihre Interessen sind unser...

Programm

...damit Jüchen eine gute Zukunft hat!

Kommunalwahl
Nordrhein-Westfalen 2009

Inhalt:

1.	Leitgedanken.....	3
	<i>Das Wichtigste zuerst: für die Menschen da sein</i>	<i>3</i>
	<i>Anders als die anderen sein</i>	<i>3</i>
	<i>Gegen die Politikverdrossenheit</i>	<i>3</i>
	<i>Unser Handeln ist transparent.....</i>	<i>4</i>
	<i>Bildung und Beratung für Alle.....</i>	<i>4</i>
2.	Ziele der FWG Jüchen für die Wahlperiode 2009 – 2014	5
2.1	<i>Strategieentwicklung für eine sichere Zukunft.....</i>	5
2.2	<i>Handlungserfordernisse aus den demographischen Veränderungen.....</i>	6
2.2.1	Die Gesellschaft wird älter: veränderte Bedürfnisse für immer mehr Senioren	6
2.2.2	Junge Familien: Stabilitätsfaktor mit Ansprüchen an die Gemeindeattraktivität	7
2.2.3	Ganzheitliches, vorausschauendes Handeln: Erfordernis für professionelles Management im Rat und der Verwaltung	8
2.2.4	Alleingang gleich Abstieg: Kooperation mit interkommunalen und öffentlichen Partnern	9
2.2.5	Jugendliche und Junge Erwachsene: Absicherung unserer Zukunft, die besondere Aufmerksamkeit verdient.....	10
2.3	<i>Verkehr</i>	11
2.4	<i>Ruinöser Gemeindehaushalt: klares Bekenntnis zur Entschuldung.....</i>	12
2.4.1	Eindeutiger Entschuldungskurs: künftige Handlungsspielräume eröffnen und die Zukunft unserer Kinder sichern..	13
2.4.2	Aktive Wirtschaftsförderung: Bedeutung herausstellen und in der Verwaltung etablieren.....	14
2.5	<i>Unsere Umwelt: Bewusster Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen und Gesunderhaltung der Menschen in Jüchen.....</i>	16
2.5.1	Die Welt fängt in Jüchen an: Umwelt als weltumspannende Gesamtverantwortung	17
2.5.2	Auswirkungen des Tagebaus und der Kohlekraftwerke: Balance zwischen Wirtschaftsinteressen, persönlichen Interessen und Belastungen der Allgemeinheit	19
	Kernpunkte des FWG Programms für die Wahlperiode 2009 - 2014	22
	Impressum:	24

1. Leitgedanken

Das Wichtigste zuerst: für die Menschen da sein

Wir Freien Wähler in Jüchen haben uns im November 2003 gegründet, weil wir nicht länger einfach nur zusehen wollten, wie sich eine übermächtige Mehrheitspartei und eine erlahmte Opposition zunehmend mit ihren Entscheidungen abseits des Bürgerwillens stellen und in der Hauptsache ihre eigenen Interessen pflegen.

Wichtigster Orientierungspunkt vom Beginn unserer politischen Arbeit an war daher, **den Bedürfnissen und dem Willen der Bürger** unserer Gemeinde **höchste Priorität** einzuräumen und unsere Energie in ihre Beratung und die Vertretung ihrer Interessen zu stellen.

Bis heute gilt: **wir kümmern uns** um die Sorgen der Menschen in unserer Gemeinde und suchen den Kontakt und die Abstimmung mit ihnen, schnell, sachlich und gleichzeitig mit viel Engagement in der Sache. Gemeinsam streben wir dann Lösungen an.

Anders als die anderen sein

Als engagierte Bürgerinnen und Bürger in Jüchen wollen wir Freien Wähler nicht länger tatenlos hinnehmen, dass Parteifunktionäre und Parteistrategen von den oberen Führungsebenen hinab die politischen Entscheidungsprozesse steuern, die dann oft nicht mit den Bedürfnissen und dem Willen der Menschen in der Gemeinde Jüchen in Einklang stehen.

Wir Freien Wähler wollen **keine ideologischen Zwänge**. Wir geben unsere Antworten auf die drängenden Fragen rund um unsere Gemeinde nach rein **sachlichen Gesichtspunkten**. Dabei suchen wir nach **wirkungsvollen, fortschrittlichen und kreativen Lösungen**.

Gegen die Politikverdrossenheit

Viele Bürgerinnen und Bürger verstehen die Politiker und ihre Aussagen nicht mehr. Politische Aussagen wirken oft unklar und rein taktisch ausgerichtet. Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen mit ihren Bedürfnissen von den Politikern nicht mehr verstanden und allein gelassen. Es überwiegt das Gefühl, dass die Politik ohne Rücksicht auf die sie legitimierenden Wähler allein tut, was sie für angebracht hält.

Der einzelne Bürger will aber mit seinen Sorgen und Problemen ernst genommen werden. Er will als mündiger Bürger seine Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten auch zwischen den Wahlterminen wahrnehmen und nicht nur als Stimmengabe bei der Wahl missbraucht werden.

Hier setzen wir Freien Wähler unser Engagement an. Wir **engagieren uns nur auf lokaler Ebene** und auf Kreisebene und schauen dabei gezielt auf die Bedürfnisse der Menschen in unserer Gemeinde und suchen den unmittelbaren Kontakt mit den Menschen. Bei Forderungen, Entscheidungen und anderen öffentlichen Kundgaben sprechen wir **Klartext** und argumentieren **mit ehrlichen, sachlichen Aussagen**.

Dadurch bieten wir eine Plattform für eng am Bürgerwillen orientierte politische Aktivitäten. Wir beweisen damit, dass eine lebendige Demokratie auch neben ideologischen Parteizwängen funktionieren kann. Die Freie Wählergemeinschaft Jüchen eröffnet damit für den Bürger die Chance, das Gemeinwesen in Jüchen aktiv mitzugestalten und dabei ohne Zwänge und Bindungen eigenen Einfluss auf entscheidende Themen zu nehmen.

Wir Freien Wähler verstehen uns als Anwälte der Kommune an sich und als Anwälte einer unabhängigen bürgerschaftlich getragenen Mitverantwortung. Damit sind wir eine wichtige Basis für einen funktionierenden Staat und eine intakte Demokratie.

Unser Handeln ist transparent

Wir Freien Wähler haben uns selbst dazu verpflichtet, alle mit unseren politischen Aktivitäten und Mandaten in Zusammenhang stehenden Gelder offen zu legen. Ein guter Teil dieser Gelder wird zudem als Spenden für soziale Zwecke genutzt.

Gelder, die die Fraktion der FWG Jüchen betreffen, werden **verantwortungsbewusst** und **nur nach dem Prinzip der Notwendigkeit** genutzt. Nach diesen Prämissen nicht benötigte Gelder werden dann ausdrücklich nicht für nebensächliche Anschaffungen eingesetzt, sondern werden jedes Jahr an den Gemeindehaushalt zurückgeführt.

Bildung und Beratung für Alle

Die Freie Wählergemeinschaft Jüchen versteht sich nicht nur als rein politisch aktive Gemeinschaft. Vielmehr wollen wir für unsere Bürger in Jüchen auch bildende Themen anbieten, wichtige gesellschaftliche Projekte unterstützen und den Menschen in unserer Gemeinde auch als unkomplizierte Beratungsinstanz zur Verfügung stehen. Dabei haben wir keine Parteienfinanzierung und Wahlkampfkostenerstattungen zur Verfügung.

Die FWG Jüchen finanziert sich nur aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Diese Gelder setzt sie für die Bürgerschaft ein, beispielsweise als Spenden für lokale Sozialprojekte, als Beteiligung an der Bürgerstiftung, aber auch für gesamtgesellschaftlich bedeutende Projekte (z.B. für die Deutsche Knochenmarkspende). Außerdem sorgen wir Freien Wähler für fachkundige Berater die bei Vortragsveranstaltungen sachliche Aufklärung von Bürgern oder Bürgerinitiativen betreiben, die von einer sie benachteiligenden oder belastenden Situation betroffen sind. Beispiele der letzten Jahre sind Unterstützungen für die Bürgerinitiativen hinsichtlich Bergbauschäden in Hochneukirch, Feinstaub-Emissionen durch den Tagebau, gegen überhöhte Gaspreise oder Verkehrsprobleme in Hackhausen und Schaan sowie für die Gemeindeelternpflegschaft bei verschiedenen schulischen Problemstellungen.

**Mit einem Satz:
Wir sind da, wo Sie uns brauchen!**

2. Ziele der FWG Jüchen für die Wahlperiode 2009 – 2014

Die Veränderungen in unserer Gesellschaft stellen auch Jüchen vor neue und große Aufgaben. Zu diesen Veränderungen gehören die demographischen Entwicklungen, die angespannte Wirtschafts- und Finanzlage im Allgemeinen, aber auch die finanzielle Situation in unserer Gemeinde Jüchen im Besonderen. Aber auch die Auswirkungen des Klimawandels und daraus resultierender Erfordernisse an ökologisches Handeln stellen bedeutende Herausforderungen dar.

Diesen Herausforderungen gilt es mit hohem Verantwortungsgefühl, vorausschauend und mit progressiven Lösungen zu begegnen.

2.1 Strategieentwicklung für eine sichere Zukunft

Derzeit werden politische Entscheidungen im Rat der Gemeinde und seinen Gremien unter dem besonderen Einfluss der Mehrheitspartei überwiegend nur situativ getroffen. Das hat zur Folge, dass regelmäßig nur Einzelfragen diskutiert und entschieden werden. Der übergeordnete Blick auf unsere Gemeinde Jüchen und die sich um unsere Gemeinde herum befindlichen Rahmenbedingungen und Zukunftsszenarien haben keinen Einzug in die Jüchener Politiklandschaft gefunden.

Um Jüchen als lebenswerte Gemeinde erhalten zu können, ist es jedoch erforderlich, eine Strategieentwicklung über Parteigrenzen hinweg zu betreiben, die alle bedeutenden Entwicklungen für unsere Gemeinde berücksichtigt und daraus Handlungsprioritäten ableitet, die als Orientierungslinie für die politischen Entscheidungen des Rates und seiner Gremien dient. Es müssen für Jüchen allgemein verbindliche Entwicklungsziele für die kommenden 20 bis 30 Jahre definiert werden. Ohne zielgerichtetes Handeln landet unsere Gemeinde im Irgendwo und bleibt Spielball der Entwicklungen, statt selbst den Ball aufzunehmen und der Gestaltungsverantwortung gegenüber den Bürgern unserer Gemeinde gerecht zu werden.

Wir Freien Wähler werden uns dafür einsetzen, eine **übergreifende und ganzheitliche Strategieentwicklung** voranzutreiben, die mit klaren, bewussten Zielsetzungen und Entscheidungen die Gemeindeentwicklung in ein gutes und sicheres Fahrwasser steuert. Eine Beteiligung der gesamten Bürgerschaft, Vereinen und Verbänden sehen wir als obligatorisch an, denn eine reine Erarbeitung innerhalb der Parteien ist uns zu sehr von Ideologien geprägt. Zudem muss die Bürgerschaft letztlich den einzuschlagenden Weg nachvollziehen und mitgehen können.

Da Strategieentwicklung und strategisches Handeln besonderes Basiswissen und spezielle methodische Kenntnisse verlangen, fordern wir eine umfassende Information der politischen Gremien in Jüchen, aber besonders auch der Bürgerinnen und Bürger, unter Nutzung moderner Kommunikationstechnik. Außerdem unterstützen wir ausdrücklich eine intensive Fortbildung, das Kompetenztraining und die gezielte Personalentwicklung innerhalb der Verwaltung.

2.2 Handlungserfordernisse aus den demographischen Veränderungen

Der Begriff „demographischer Wandel“ meint heute insbesondere die natürliche Schrumpfung der Bevölkerung bei relativ starker demografischer Alterung. Aus Bundes- und Landespolitik sind die damit zusammenhängenden Themen sicherlich bekannt, besonders die Debatten um die Gesundheits- oder Zuwanderungspolitik oder den Diskussionen um das Renten- und Pensionseintrittsalter. Aber gerade auch in den Kommunen entfalten die demographischen Entwicklungen starke Wirkungen in den sozialen Geflechten, auf Infrastrukturerfordernisse, in die kommunalen Finanzen und den Entwicklungsperspektiven. Diesen Wirkungen gilt es durch pro-aktive Entwicklungssteuerung, durch Kooperation mit Partnern und priorisiertes Handeln nach strategischen Grundsätzen zu begegnen.

Der demographische Wandel stellt die größte Herausforderung in den nächsten Jahrzehnten dar. Das Problem muss daher seiner Bedeutung gemäß in der Verwaltung verankert werden. Die Freie Wählergemeinschaft Jüchen fordert daher die Einrichtung einer **Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“** im unmittelbaren Wirkungsbereich des/der künftigen Bürgermeisters/Bürgermeisterin nach dem Vorbild der Stadt Bielefeld. Aufgabe der Stabsstelle soll es sein, fachbereichsübergreifend bei künftigen Entscheidungen auf den Aspekt der demographischen Entwicklung hinzuweisen und ein Konzept für die Gemeinde zu erarbeiten und fortzuschreiben.

Dabei sehen wir Freien Wähler mit Blick auf die Zukunft unserer Gemeinde Jüchen insbesondere die Bestellung folgender strategischer Felder als von besonderer Bedeutung an:

2.2.1 Die Gesellschaft wird älter: veränderte Bedürfnisse für immer mehr Senioren

Eine beständig älter werdende Gesellschaft setzt künftig deutlich veränderte Bedingungen und verlangt, dass politische Entscheidungen im Licht dieser Entwicklungen frühzeitig getroffen werden.

Im Jahr 2025 werden in Jüchen laut einer 20-Jahres-Vorausberechnung von IT.NRW (ehemals Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik) rund 33 % unserer Bürger in der Altersgruppe über 60-Jährige sein. Das deutlichste Wachstum erfahren innerhalb dieser Gruppe noch die über 80-Jährigen, deren Zahl sich von heute um rund 125 % steigert und damit mehr als verdoppelt. Weitergehende Prognosen bis 2050 zeigen sogar eine Vervierfachung der heutigen Werte für diese Altersgruppe. Hieraus ergeben sich Bedürfnisse, die es bei heutigen Entscheidungen bereits zu berücksichtigen gilt.

So ist verstärkt damit zu rechnen, dass öffentliche Gebäude und Plätze in deutlich stärkerem Ausmaß als heute **barrierefrei** gestaltet werden müssen, damit ältere Menschen, die Hilfsmittel nutzen müssen (z.B. heute häufig eingesetzte Rollatoren),

ohne Schwierigkeiten beispielsweise Zugänge nutzen oder Etagenwechsel vollziehen können.

Auch erlangt die **vernetzte Seniorenarbeit** zunehmend größere Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die spezielle Gestaltung von Freizeitaktivitäten, sondern auch um das **Schaffen generationenübergreifender Wohnmöglichkeiten** bzw. Möglichkeiten für **betreutes Wohnen** und auch um **Kooperationen und Beratungen im Bereich der ambulanten Pflege**.

Auch hinsichtlich der Mobilität müssen Veränderungen berücksichtigt werden. Da anzunehmen ist, dass ein Großteil der Senioren über 80 nicht mehr als Fahrzeugführer am Verkehr teilnehmen kann, wird einer diesbezüglichen **Gestaltung des Personennahverkehrs** und der technischen Ausstattung von Bussen und Bahnen zunehmende Bedeutung zukommen.

2.2.2 Junge Familien:

Stabilitätsfaktor mit Ansprüchen an die Gemeindeattraktivität

Jüchen gehört mit Blick auf die demographischen Entwicklungen zu den Kommunen in Deutschland, deren Bevölkerungsstruktur einen hohen Anteil an Familien ausweist. Gerade die jungen Familien bilden einen **demographischen Stabilitätsfaktor**, da sie eine gute Geburtenrate erwarten lassen, die den prognostizierten Bevölkerungsschwund bremsen. Um die jungen Familien wird es künftig einen intensiven Wettbewerb der Kommunen geben.

Mit Blick auf die Bevölkerungsstrukturdaten der letzten Jahre für Jüchen lässt sich erkennen, dass gerade Menschen im mittleren Alter in unsere Gemeinde ziehen, also überwiegend Familien. Die ländlich geprägte Umgebung mit einigen guten Standortfaktoren und guten Bedingungen für die Schaffung von Wohneigentum dürften die Grundlage dafür darstellen. Allerdings ist das Bevölkerungswachstum in Jüchen nicht so ausgeprägt, wie es in Relation vergleichbarer Kommunen sein sollte. Um im Wettbewerb zu anderen Kommunen zu bestehen, werden weitere begünstigende Faktoren geschaffen werden müssen.

Daher spielt die Attraktivität unserer Gemeinde als lebenswertes Wohnumfeld eine entscheidende Rolle. Attraktivität geht dabei über äußere Faktoren weit hinaus.

Vielmehr kommt auch weichen Faktoren eine besondere Bedeutung zu. Ziel muss sein, ein **Abwandern junger Familien zu vermeiden** und als attraktiver Standort für die **Neuansiedlung von Familien** zu gelten. Hieran müssen politische Entscheidungen und das Handeln der Verwaltung auf allen Geschäftsfeldern ausgerichtet sein. So gilt es günstige Standortfaktoren zu beschreiben und herzustellen, durch infrastrukturelle Maßnahmen zu begleiten, Netzwerke zu arrangieren und ein offensives Marketing zu betreiben.

Wir Freien Wähler setzen uns daher nachhaltig dafür ein, dass **Familienfreundlichkeit als ressortübergreifendes Thema in der Verwaltung** verankert wird.

Es wird zunehmend bedeutender, für die Familien Entlastungsstrukturen zu schaffen. Dazu zählt etwa eine attraktive **Schullandschaft**, aber auch interessante **außer-schulische Kinderförderung** (Sport, Musikschulen, ...) Äußere Faktoren bei den Schulen, z.B. Gebäudezustand und Ausstattungsfragen stellen sich derzeit in Jüchen günstig und damit als Plus im Wettbewerb dar. Diese Attraktivität gilt es durch vorausschauende Planung auch vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen zu erhalten.

Künftig wird daher auch stärker die **Kooperation der Schulen** gefragt sein, insbesondere der heute noch eher in Konkurrenz zueinander stehenden weiterführenden Schulen. Zudem kann die Schullandschaft auch um besondere Angebote z.B. Montessori- oder Waldorfschulen angereichert werden, die dann beispielsweise sonst von Leerstand bedrohte Schulgebäude und –gelände nutzen.

Zudem sind **ausreichende Kinderbetreuungsangebote** vorzuhalten. Nachbesserungsbedarf sehen wir Freien Wähler in Jüchen insbesondere noch bei Betreuungsangeboten für die Kleinsten und bei den Ganztagsbetreuungen.

Nicht vergessen werden darf aber auch, dass Familien zunehmend auch mit der Pflege von älteren Familienangehörigen belastet sein werden. Hierfür gilt es, die Familien in Hilfe und Pflege zu schulen, entsprechende professionelle Beratungsangebote in Kooperation mit örtlichen Pflegeunternehmen zu schaffen und letztlich körperliche und psychosoziale Entlastungen zu ermöglichen.

Wir Freien Wähler fordern zudem, **alle Angebote zu vernetzen** und transparent zu machen. Dies kann über die Bereitstellung mit Broschüren oder mittels moderner Medien, z.B. als **internetgestütztes Familienportal** erfolgen. Zudem erscheint es uns Freien Wählern bei der Bedeutung des Themas angemessen, innerhalb der Verwaltung eine **Koordinierungsstelle für Familien-, Kinder- und Jugendangebote** einzurichten, die auch federführend die Bildung entsprechender Projekte und Arbeitsgruppen betreiben sollte.

Zudem sollten spezielle **Fördermittel für Familien** die Neuansiedlung in unserer Gemeinde anregen, um auch hierdurch im Wettbewerb deutlicher aufzufallen. Wir setzen uns daher dafür ein, Haushaltsmittel für solche Förderungen einzustellen, die sich dann langfristig über die einwohnergebundenen Mittelzuweisungen des Landes wieder amortisieren werden.

Die entwickelten Standortvorteile und die Fördermittel sind offensiv in einer Imagekampagne zu bewerben.

2.2.3 Ganzheitliches, vorausschauendes Handeln:

Erfordernis für professionelles Management im Rat und der Verwaltung

Insbesondere wenn es um die Neuansiedlung von Familien im Einklang mit der Finanzlage geht, ist festzustellen, dass neue Infrastrukturen nur noch schlecht amortisierbar sind. Große Ansiedlungsvorhaben, beispielsweise das Baugebiet „Auenfeld“ an der Peripherie von Jüchen, tun sich bei der Vermarktung schwer.

Eine Siedlungsentwicklung muss daher auf aktuelle Marktmechanismen und die regionale Situation reflektieren.

Die Freie Wählergemeinschaft bezieht daher Position für eine **bedarfsgerechte Siedlungspolitik**, die im regionalen Kontext stehen muss. Schwerpunkte sehen wir dabei besonders in **innerörtlicher Entwicklung zentraler Orte** unserer Gemeinde, also Hochneukirch, Jüchen sowie Bedburdyck-Gierath. Insbesondere Bedburdyck und Gierath sollten stärker verbunden und mit einer guten Infrastruktur (z.B. Einkaufscenter, Dreifach-Sport- und Bürgerhalle, Grundschule und Ganztagskinderbetreuung) gemeinsam versorgt werden. Infrastrukturangebote sollten dabei räumlich gebündelt und die Lasten auf mehrere Träger verteilt sein.

Insgesamt sehen wir aus der demographischen Entwicklung, aber auch damit zusammenhängender Finanzaspekte, in den kommenden Jahren zunehmend die Notwendigkeit, bei der Infrastruktur stärker auf die **Erhaltung bestehender Systeme** hinzuwirken, statt neue Maßnahmen anzulegen. Dabei muss auch geprüft werden, inwieweit vorhandene Infrastrukturen für andere Zwecke nutzbar gemacht werden können (Beispielsfrage: Kann ein nicht mehr genutztes Schulgebäude auch als Seniorenfreizeiteinrichtung genutzt werden?)

Zudem sehen wir das **Bauen im Bestand** bevorzugt vor dem Schaffen von großen Ansiedlungsvorhaben an den Randbereichen. Dadurch werden die **Orte auch von innen heraus belebt und modernisiert**.

Soweit doch neue Ansiedlungsvorhaben ins Auge gefasst werden sollen, ist ein frühzeitiges, **planvolles Flächen- und Bodenmanagement** erforderlich, damit in der langfristigen Berechnung Gewinne mit der Vermarktung der Areale zu erwirtschaften sind.

2.2.4 Alleingang gleich Abstieg: Kooperation mit interkommunalen und öffentlichen Partnern

Die Herausforderungen der Zukunft sind regelmäßig nicht mehr im Alleingang zu bewältigen. Entwicklungen spielen sich in rasanter Geschwindigkeit ab. Wissen und Methoden nehmen exponential zu bzw. verändern sich in schneller Abfolge. Dies setzt ein Erfordernis für lebenslanges Lernen, aber insbesondere auch für vernetztes Denken und Arbeiten.

Von anderen Lernen, nach dem „Best-Practice“-Modell, nämlich Wissen und gute Erfahrungen mit anderen zu tauschen, um zu vermeiden, dass ständig an verschiedenen Stellen „das Rad neu erfunden“ werden muss, ist im heutigen Wettbewerb eine Grundvoraussetzung geworden.

Wenn Beteiligte aus verschiedenen Bereichen ihre Kompetenzen zusammen bringen, wird das Ergebnis regelmäßig besser, spart Aufwände und damit auch Kosten.

Wir Freien Wähler setzen uns daher dafür ein, verstärkt Möglichkeiten für **interkommunale Zusammenarbeit** zu suchen und in Vereinbarungen festzuschreiben. Dies bietet sich insbesondere für den Betrieb des Bauhofes an, ggf. aber auch für die

Organisation kultureller Angebote oder die Einrichtung gemeinsamer Beschaffungsstellen.

Aber auch **öffentliche Partnerschaften** beispielsweise zur Unterstützung sozialer Projekte oder hinsichtlich der Besorgung und des Betriebs von öffentlichen Gebäuden und anderen Infrastrukturprojekten sollten verstärkt geprüft und genutzt werden.

2.2.5 Jugendliche und Junge Erwachsene:

Absicherung unserer Zukunft, die besondere Aufmerksamkeit verdient

Neben den Familien sind Jugendliche und Junge Erwachsene die größten Stabilitätsfaktoren hinsichtlich der demographisch prognostizierten Bevölkerungsschrumpfung.

Ziel muss es sein, die **jungen Menschen langfristig an unsere Gemeinde zu binden**, um zu vermeiden, dass sie nach der Schul- oder Studienzeit in andere Regionen wegen Arbeit oder Familiengründung abwandern und damit für unsere Gemeinde verloren sind. Dies kann nur gelingen, wenn die Standortfaktoren auch für diese Gruppe so attraktiv sind, dass die Identität mit dem Wohnort Jüchen ausreichend groß ist, um sie langfristig zu binden.

Jugendliche in Jüchen sind nach Einschätzung der Freien Wähler die heute noch am meisten vernachlässigte Gruppe. Zwar gibt es, übrigens auch nach Meinung der Jugendlichen, eine gute Schul- und Vereinslandschaft in Jüchen, aber außerschulisch bzw. außerhalb der Vereine gibt es nur wenige ansprechende Freizeitmöglichkeiten. Wo der tatsächliche Bedarf für die Jugendlichen liegt, machten sie selbst u. a. auch bei den Workshops zur Leitbildfindung in den weiterführenden Schulen, aber auch in Diskussionen mit der FWG-Fraktion deutlich.

Als Mangel bezeichneten sie

- die Verkehrsverbindungen des ÖPNV
- zusätzliche Freizeitmöglichkeiten über den Vereinsaktivitäten hinaus,
- die unattraktive Gestaltung des Marktes in Jüchen
- die wenig ansprechende Situation der Schwimmbäder in Jüchen und Hochneukirch.

Weiter fehlt es ihnen an

- einladenden Gastronomiebetrieben, ggf. auch ein Fastfood-Restaurant
- (räumliche) Möglichkeiten für (eigene) Veranstaltungen bzw. Möglichkeiten für Veranstaltungsbesuche
- Zudem wollen die Jugendlichen für sich mehr politische Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Wenn Erwachsenen gerade der letzte Punkt als besonders erstaunlich erscheint, zeigt sich gerade daran jedoch klar, dass sich Jugendliche in einigen Punkten benachteiligt fühlen.

Die Freie Wählergemeinschaft wird sich deshalb verstärkt für die Interessen der jungen Menschen in unserer Gemeinde einsetzen. Die **von den Jugendlichen benannten Bedürfnisse sind keine unerfüllbaren Wunschträume**, sondern realisierbare Zielstellungen. Der Bau der Skaterbahn am Schulzentrum darf nur ein Auftakt gewesen sein, denn die Bahn wird nur von einem kleinen Anteil Jugendlicher genutzt und eignet sich insbesondere für die Herbst- und Winterzeit nicht.

Es gilt dem Stellenwert der Jugend ausreichend Rechnung zu tragen und verstärkt **geeignete Treff- und Anlaufpunkte** für sie zu schaffen. Dazu gehört auch, die bereits **bestehenden Jugendeinrichtungen ausreichend mit Mitteln zu fördern**, so dass ein Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten und -leistungen erfolgen kann.

Ebenso die Gestaltungsfragen rund um den Jüchener Markt dürfen nicht wie bisher nur unter optischen Gesichtspunkten bewertet werden. Vielmehr kommt es darauf an, eine wirkliche Umgestaltung, Belebung und Attraktivität für die Jugendlichen, aber auch für auswärtige Gäste zu erreichen, denn der Jüchener Markt ist auch geographisch das Zentrum unserer Gemeinde, liegt nah am Schulzentrum und wird deshalb gern von den jungen Leuten frequentiert. Auch hierfür wird sich die Freie Wählergemeinschaft weiter einsetzen und eigene konzeptionelle Ideen in die Politik einbringen und diese mit den Bürgern, ob jung oder alt, diskutieren. Einen Antrag zur Marktgestaltung haben wir bereits 2006 gestellt. Erfreulich, dass mittlerweile CDU und SPD ebenfalls für eine Neugestaltung eintreten. Wiederkehrende Gerüchte behaupten, dass es auf dem Markt **keine** Haltestelle mehr geben soll. Dieser Gedanke ist jedoch für die Freien Wähler unhaltbar.

Zudem unterstützen wir die Forderung der jungen Menschen nach **Einrichtung eines Jugendparlamentes** in Jüchen, um die Beteiligung und Interessenvertretung der Jugendlichen zu stärken. Die Freie Wählergemeinschaft wird diesen Weg auch innerhalb der eigenen Vereinsstruktur begünstigen, indem sie in den nächsten Jahren eine Jugendorganisation aufbaut und fördert.

Die FWG Jüchen berücksichtigt zudem, dass es auch eine Situation für die Jugendlichen nach der Schulzeit gibt. Hier steht die Gemeinde in der Verantwortung im Rahmen der Wirtschaftsförderung (siehe auch Nr. 2.4.2) auch auf eine **verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation** hinzuwirken, die auch langfristig die Bindung der jungen Menschen an unsere Gemeinde stärken.

2.3 Verkehr

Jüchen benötigt ein Verkehrsentwicklungskonzept, das mittelfristig die **Orte von Durchgangsverkehren entlastet**. Besondere Belastungsspitzen haben sich für Hackhausen durch die Umsiedlung von Otzenrath, Spenrath und Holz, aber zunehmenden auch durch den neuen Autobahnanschluss an der A 61 in Wanlo ergeben.

Zudem sind die Ortsdurchfahrten von Schaan und teilweise von Kelzenberg nicht für Durchgangsverkehre geeignet. Ebenso die Hauptdurchfahrt in Gierath ist nicht für die Aufnahme größerer Verkehrsströme geeignet.

Die FWG Jüchen unterstützt die Bürger in den belasteten Orten und setzt sich für **sachgerechte Umgehungsstraßenlösungen** ein, die dauerhaft für Entlastungen sorgen. Weiterhin soll durch bauliche Gestaltungsmaßnahmen zusätzlich eine Reduzierung der Geschwindigkeiten und eine Senkung des Durchfahrtsverkehrs in den belasteten Orten erreicht werden.

Die Ortsdurchfahrt Jüchen (B59) bedarf dringend der Entlastung.

Außerdem sollte die Einhaltung von Verkehrsvorschriften durch Kräfte des Ordnungsamtes und in Kooperation mit der Kreispolizeibehörde besser überwacht werden. Dies gilt insbesondere für Geschwindigkeitsverstöße in verkehrsberuhigten Bereichen und 30-km/h-Zonen, die gerade vor dem Hintergrund von Kindern und Senioren als besonders schwache und schützenswerte Verkehrsteilnehmer eingerichtet worden sind, aber auch für Vorkommnisse im ruhenden Verkehr wie z.B. Parkverstößen.

Eine Entlastung von Individualverkehren kann aber nicht nur durch veränderte Verkehrsführungen herbeigeführt werden. Wirkungen entfalten auch attraktive Anbindungen im ÖPNV.

Sinnvoll ist nach unserer Auffassung zunächst eine Bedarfsumfrage für Belange des ÖPNV bei den Bürgern. In einem weiteren Schritt sollen dann in Absprache mit Verkehrsbetrieben nach Lösungsmöglichkeiten für die Hauptzielgruppen gesucht werden. Beispielsweise könnte es sich für Berufspendler anbieten, direktere und zeitlich ausgedehnte Anbindungen in Richtung Aachen, Köln, Düsseldorf und Mönchengladbach zu gestalten. Dies könnte ggf. durch eine S-Bahn-Linie gestaltet werden.

Attraktivitätsfaktoren sind sicherlich zudem die freundliche Gestaltung von Bahnhöfen und die Frage nach innerörtlichen Anschlussverbindungen.

Die FWG Jüchen will sich insgesamt für eine zunehmende Attraktivität des ÖPNV einbringen. Dies trägt auch dem Umweltschutzgedanken Rechnung.

2.4 *Ruinöser Gemeindehaushalt: klares Bekenntnis zur Entschuldung*

Der Haushalt unserer Gemeinde ist derzeit mit über 58 Millionen Euro Schulden belastet. Jüchen hat deutlich über seine Verhältnisse gelebt. Die Argumentation der mit Mehrheiten im Rat vertretenen und damit seit Jahren für die Misswirtschaft verantwortlichen CDU, dass insbesondere zu geringe Schlüsselzuweisungen des Landes dafür verantwortlich sind, ist nicht tragfähig. Weder ein Privathaushalt, noch ein Unternehmen, könnten es sich leisten, über lange Zeit deutlich mehr auszugeben, als dem an Einnahmen gegenübersteht. Insofern kann die Finanzmisere nur als Ausgabenproblem betrachtet werden. In dieser Finanzsituation noch Investitionsentscheidungen von bis zu zehn Millionen Euro ohne Gegenfinanzierungsmöglichkeiten zu treffen ist schlicht verantwortungslos.

Um aus dieser Situation heraus zu finden, gibt es grundsätzlich nur zwei Wege: die **Beschränkung der Ausgaben** und die **Verbesserung der Einnahmesituation aus eigenen Kräften heraus**.

Hierauf zielen die programmatischen Ziele der Freien Wähler ab. Das Fernziel stellt dabei die komplette Entschuldung dar. Dieses Ziel steht nach Überzeugung der Freien Wähler ohne Alternative, denn sonst fehlen in der Zukunft Gestaltungsmöglichkeiten für notwendige Infrastrukturmaßnahmen für unsere Kinder und Enkel. Die FWG Jüchen sieht einen **Entschuldungskurs dabei als Ausdruck höchster Verantwortung für die Zukunft Jüchens**.

2.4.1 Eindeutiger Entschuldungskurs: künftige Handlungsspielräume eröffnen und die Zukunft unserer Kinder sichern

Gemäß dem Haushaltsplan für 2009 übersteigen derzeit die erforderlichen Aufwendungen die Erträge deutlich. Die dafür rechnerisch angesetzte so genannte Ausgleichsrücklage von rund 6 Millionen Euro wird nahezu vollständig aufgebraucht, und stellt damit also zusätzliche langfristige Verschuldung dar. Diese langfristigen Kredite belaufen sich derzeit auf rund 58 Millionen Euro. Die Spitze der Verschuldung ist noch nicht erreicht. Und das in einer Situation, wo zum einen die Schlüsselzuweisungen des Landes in 2008 und 2009 wegen der guten Konjunktur besonders hoch waren und zum anderen die besonders negativen Auswirkungen der Finanzkrise erst noch zu erwarten sind.

Zusätzlich zu den derzeit 58 Millionen Euro langfristigen Verbindlichkeiten benötigt Jüchen über 22 Millionen Euro, um überhaupt liquide sein zu können, beispielsweise die notwendigen Personalkosten aufbringen zu können. Wäre die Gemeinde Jüchen ein privates Unternehmen, müsste zu diesem Zeitpunkt ein Strafverfahren wegen Insolvenzverschleppung eingeleitet werden.

In der derzeitigen Haushaltssituation verliert Jüchen jährlich nahezu 2,5 Millionen Euro die allein für die Zahlung von Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten benötigt werden. In einer entschuldeten Haushaltssituation stünden diese Millionenbeträge für Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, Jugendarbeit, Kultur- und Bildungsmaßnahmen etc. zur Verfügung.

Andere Parteien in Jüchen überbetonen, dass eine konsequente Entschuldung zu Verlusten bei der Lebensqualität im Gemeindeleben führt. Für die FWG Jüchen steht fest, dass diese Parteien letztlich nur die Verantwortung scheuen, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Dass eine Entschuldung gelingen kann, ohne dass das Gemeindeleben über Gebühr leidet, beweisen verschiedene Gemeinden, beispielsweise die Städte Borken, Reken oder Issum, aber besonders die Stadt Langenfeld, denen eine Entschuldung über einen langfristig angelegten Plan gelungen ist.

Das Innenministerium NRW hat in einer fiktiven Berechnung, die an der Finanzkraft der Gemeinde gemessen wurde, einen Zeitraum von mindestens 35 Jahren festge-

stellt, die es benötigen würde, Jüchen von allen Schulden zu befreien, selbst wenn man 10 % aller Zuweisungen und Steuereinnahmen in eine Tilgung der Schulden stecken würde. Dies verdeutlicht, in welcher Verschuldensspirale wir mit unserer Gemeinde angekommen sind.

Insofern sieht es die FWG Jüchen als zwingende Notwendigkeit an, **sofort mit Entschuldungsmaßnahmen zu beginnen.**

Investitionen dürfen nach unserer Überzeugung nicht aus dem Wunschkatalog heraus bestellt und bedient werden. **Bei allen Investitionen muss deutlich differenziert werden, inwieweit sie tatsächlich erforderlich sind oder nur einen wünschenswerten Zustand darstellen.**

Zudem ist stärker darauf zu achten, welche **Folgekosten durch eine Investition** entstehen, denn Folgekosten summieren sich im Laufe der Jahre auf und verstärken die Verschuldenssituation. Investitionen dürfen also nur Ergebnis vorausschauender Planungen sein, die mit strategischen Prioritäten in Einklang stehen müssen.

Dabei sieht die FWG das Erfordernis, endlich einen **Tilgungsplan** anzulegen, um geplant und langfristig die Verbindlichkeiten abzubauen und die geforderten Zinsleistungen zu senken. Nur so kann eine Möglichkeit geschaffen werden, dass auch für die Anforderungen der Zukunft ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Durch Tilgung erarbeitete „**Zins-Gewinne**“ (Erträge durch gegenüber heute weniger zu leistende Zinszahlungen) sollten dabei nach unserer Ansicht **in einen Fond investiert** werden, der **für strategische und soziale Projekte, insbesondere der Familienförderung und Jugendarbeit**, genutzt werden soll. Damit ist sichergestellt, dass eine Verbesserung der Finanzlage auch unmittelbar der Gemeinschaft in Jüchen zugute kommt.

Zudem hat Jüchen zurzeit mit 420 % für die Grundsteuer B einen der höchsten Hebesätze in NRW und liegt damit allein 39 % über dem fiktiven Hebesatz als Orientierungszahl. Nur durch eine dauerhaft verbesserte Haushaltssituation lassen sich auch **Gebührensenkungen bei der Grundsteuer oder anderen Steuern** erreichen, die dann alle Bürger unserer Gemeinde entlasten können. Auch dies ist nachdrücklich erklärtes Ziel der FWG Jüchen.

2.4.2 Aktive Wirtschaftsförderung: Bedeutung herausstellen und in der Verwaltung etablieren

Teil der Entschuldung ist aber auch eine Verbesserung der Einnahmesituation. Dies kann unsere Gemeinde nur, wenn wir es schaffen, bestehende Unternehmen am Standort Jüchen zu stärken und neue Unternehmen in Jüchen anzusiedeln. Unsere Gemeinde muss also stärker als bisher in Wirtschaftsförderung investieren.

Dafür ist ein jährlicher Besuch einer Investorenmesse sicherlich sinnvoll, aber allein bei weitem nicht ausreichend. Derzeit sind einige wenige Sachbearbeiter der Verwaltung nur stundenweise mit der Wirtschaftsförderung befasst. Dieser Ansatz ist deutlich zu kurz gegriffen. Nach Überzeugung der Freien Wähler ist **Wirtschaftsförde-**

rung als Chefsache im Rathaus auszurichten und ausreichende Personalkräfte und Sachmittel zu investieren.

Unsere Gemeinde muss also hinsichtlich der Wirtschaftsförderung stärker aus eigener Verantwortung und eigenem Antrieb agieren und Wirtschaftsförderung zu einem zentralen Thema machen.

Unsere Gemeinde kann **gute Standortfaktoren** anbieten, die es für Unternehmen attraktiv machen kann, sich bei uns anzusiedeln. Dazu gehört eindeutig die Nähe zu großen Städten, wie Düsseldorf oder Köln oder auch des Ruhrgebiets. Auch die Nähe zu mehreren großen Flughäfen wie beispielsweise Düsseldorf oder Köln-Bonn und auch zu den Rheinhäfen, stellt einen Vorteil dar. Ein besonders wichtiger Faktor dürfte die günstige zentrale Verkehrslage und die unmittelbare Anbindung an verschiedene Autobahnen (A 46/A44 bzw. A 61) sein. Zur Aufgabe der Wirtschaftsförderung der Verwaltung gehört es nach unserer Auffassung, Standortvorteile weiter auszubauen bzw. stärker herauszuarbeiten sowie in **Imagebroschüren, wirksamer Internetpräsenz und vor allem in pro-aktiver Unternehmensansprache** anzubieten und zu vermarkten.

Derzeit stehen lediglich zwei Areale zur Neuansiedlung oder zum Umzug von bereits in Jüchen befindlichen Unternehmen zur Verfügung. Dabei handelt es sich um das Gewerbegebiet Neusser Str. und den Regiopark im gemeinsamen Gewerbegebiet der Kommunen Mönchengladbach und Jüchen. Für die Vermarktung des Regioparks hat die Gemeinde seinerzeit die Verantwortung an die Stadt Mönchengladbach abgegeben, die allerdings kaum in dieser Hinsicht aktiv geworden ist. Hier gilt es die Eigenverantwortung stärker zu übernehmen, deutlichere Forderungen an die Stadt Mönchengladbach zu stellen oder gegebenenfalls auch eine Eskalation bis zur Auflösung dieses Vertragsbestandteils zu betreiben. Benötigt wird ein selbstbewusstes und entschlossenes Handeln.

Gleichzeitig wird deutlich, dass Jüchen derzeit bezüglich Unternehmensansiedlungen nur wenige Flächen aktiv bereit hält oder als Entwicklungsperspektive anbieten kann bzw. nur geringe eigene Aktivitäten entfaltet.

Ähnlich wie bei der Ansiedlung von Neubürgern muss auch bei der Wirtschaftsförderung ein **aktives Flächenmanagement** betrieben werden. Dies lässt sich nach unserer Auffassung am besten **durch eine Entwicklungsgesellschaft** erreichen, die wir schon seit Jahren als so bezeichnete „Jüchen-GmbH“ beständig gefordert und 2006 auch beantragt haben. Einer solchen Entwicklungsgesellschaft stünde dann das Recht zu, Verträge über den Ankauf, die Erschließung und die Vermarktung von Gewerbeflächen mit privaten Unternehmern oder Grundstückseigentümern zu schließen, ohne den Haushalt der Gemeinde zu belasten.

Zudem muss den Unternehmen als potentielle Gewerbesteuerzahler und Arbeitsplatzgaranten zwingend ein höherer Stellenwert und ein größeres Entgegenkommen der Gemeinde eingeräumt werden. Hier ist es wichtig, dass die Gemeinde den Un-

ternehmen **kompetente und leistungsfähige Mitarbeiter und Entscheidungsträger als Ansprechpartner** anbieten kann.

Gerade in den Zeiten der Finanzkrise sind antizyklische Maßnahmen für die Unternehmen von Bedeutung. So dürfte die Frage der **Höhe des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer** in den nächsten Jahren ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen, wenn ein Unternehmen einen neuen Standort zur Ansiedlung sucht. Hierbei ist festzustellen, dass Jüchen derzeit mit 440 % einen sehr hohen Hebesatz aufweist, der auch deutlich über dem so genannten fiktiven Hebesatz liegt (403 %) und damit für die Unternehmen nicht attraktiv sein kann. Die FWG Jüchen spricht sich daher dafür aus, den **Hebesatz auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken und wird eine Senkung bereits für das Haushaltsjahr 2009 beantragen**. Wir gehen dabei davon aus, dass sich Gewerbesteuermindereinnahmen durch vermehrte Neuansiedlungen von Gewerben amortisieren lassen.

Beachtet werden muss auch, dass die Standortattraktivität für ein Unternehmen nicht nur von Belangen der Betriebe im engeren Sinne abhängt, sondern auch den Blick ihrer Mitarbeiter berücksichtigt. Insoweit ist es wichtig, auch Attraktivitätsaspekten für Familien und Jugendliche, deren Bedeutung wir bereits unter Nr. 2.1 ff. ausgeführt haben, für Jüchen und im regionalen Kontext darzustellen und in den Imagewerbungen und bei den Akquisitionsbemühungen hervorzuheben.

Die FWG Jüchen hält es zudem gerade in Bezug auf die Wirtschaftsförderung für wichtig, dass unsere Kommune mehr Befugnisse bekommt. Jüchen steht seit kurzem die Möglichkeit zu, Aufgaben, Befugnisse und den Status einer Stadt zu bekommen. Während andere Kommunen, denen zu gleicher Zeit die Möglichkeit eröffnet wurde (Verl, Attendorn und Xanten), die Gelegenheit sofort ergriffen haben, ist für Jüchen bislang keine Entscheidung getroffen und die Parteien geben sich zögerlich.

Die FWG Jüchen hat sich diesbezüglich eindeutig positioniert und **befürwortet den Erwerb von Stadtrechten**, weil dies eine größere Eigenständigkeit verspricht und Jüchen künftig in vielen Fragen nicht mehr von Entscheidungen des Kreises abhängig bleiben lässt. Dies trägt zu größerer Selbständigkeit auch bei Entscheidungen zu Fragen der Wirtschaftsförderung bei und sollte zugleich das Selbstbewusstsein unserer Verwaltung bei Verhandlungen mit Unternehmen stärken. **Nur wer Kernkompetenzen innehat, kann auch schnelle und verbindliche Zusagen machen.**

2.5 Unsere Umwelt:

Bewusster Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen und Gesunderhaltung der Menschen in Jüchen

Das Thema Umweltschutz ist sicherlich nicht neu, findet aber nach wie vor nicht die Beachtung, die seiner Bedeutung zukommen muss.

Fast gewinnt man den Eindruck, dass die Hiobsbotschaften rund um den Klimawandel und den damit einhergehenden Veränderungen für unseren Lebensraum von der Gesellschaft nur noch mit Gleichmut ertragen oder mit Langeweile betrachtet wer-

den. Nachrichten von gewaltigen Wirbelstürmen, Überschwemmungen, wie beispielsweise an der Oder bzw. der Elbe, extremen Hitze- oder Kältewellen sind bereits zunehmend bestimmend geworden und haben eine gewisse Gewöhnung eintreten lassen.

Doch gerade diese Szenarien und die bereits spürbaren Veränderungen bedürfen einer größeren Aufmerksamkeit, um die weiteren negativen Entwicklungen für unsere Welt zumindest zu bremsen. Denn die Auswirkungen sind sowohl insgesamt, als auch bei einzelnen Katastrophen verheerend und überdies oft mit Kosten und Schäden in Milliardenhöhe belastet.

Für Jüchen und den nordrheinwestfälischen Kontext existieren Szenarien, die einen Anstieg der durchschnittlichen Temperatur um bis zu 3 Grad und einen Rückgang sommerlicher Niederschläge um bis zu 30 % voraussagen. Sommerliche Trockenheit und extreme Temperaturen führen jedoch zu mehr hitzebedingten Todesfällen, zur Ausbreitung von Parasiten, anderer Schädlinge und Krankheitsüberträgern (z.B. Borreliose durch Vermehrung von Zecken) und zum Aussterben von Tieren und Pflanzen, die feuchte Umgebungsbedingungen benötigen.

Ein **geschärftes Bewusstsein für die Umweltproblematiken** muss jedoch in unserer Gesellschaft erst noch durchgreifend entwickelt werden. Dies gilt für jeden einzelnen Bürger, ganz besonders aber auch für die Politik und ihre Entscheidungen.

Die FWG Jüchen setzt sich daher nachhaltig insbesondere für veränderte Sichtweisen in Bezug auf Energiegewinnung und Energienutzung ein und richtet ihre Aktivitäten auf eine gesunde Umwelt in Jüchen aus.

2.5.1 Die Welt fängt in Jüchen an: Umwelt als weltumspannende Gesamtverantwortung

Globalisierung auf allen Feldern ist heute eine Tatsache, an der man nicht vorbei kommt. Dies gilt besonders für Umweltaspekte. In einer globalisierten Welt kann man kaum noch Entscheidungen treffen, die nicht, zumindest in der Gesamtheit betrachtet, Auswirkungen für den Rest der Welt haben. In unserem Alltag nutzen wir große Mengen an elektrischer Energie, zum Lesen, am Computer, beim Fernsehen und genau so beim Wäschewaschen oder Kochen und legen oft selbst kleinste Wege mit Kraftfahrzeugen zurück. Durch all diese Unternehmungen belasten wir alle, jeder für sich, unsere Umwelt mittel- oder unmittelbar.

Aber auch unsere Gemeinde sowohl als Arbeitgeber „Verwaltung“ als auch in den einzelnen Ressorts unserer Gemeinschaft, für die sie verantwortlich ist, nutzt Energie, produziert Abfälle oder betreibt Kraftfahrzeuge. Es muss ein **verändertes Umweltbewusstsein auch in der Politik und der Verwaltung einsetzen**.

Die FWG wird verstärkt darauf hinwirken, dass beim Gebäudemanagement sowie beim Neubau und Betrieb öffentlicher Gebäude **Energiekonzepte** entwickelt werden, die insbesondere auf höchste **Energieeffizienz** einerseits und **Energiegewinnung** durch erneuerbare Ressourcen andererseits setzt. So haben wir beispielsweise für

den bevorstehenden Neubau einer Mensa für das Schulzentrum beantragt, dass Sonnenenergie und Regenwassernutzung bei der Planung des Gebäudes bereits berücksichtigt werden.

Aber auch für alle anderen öffentlichen Gebäude gilt es im Rahmen eines Energiekonzeptes festzustellen, an welchen Stellen Energie eingespart werden kann, beispielsweise durch Energiesparlampen, Wärmedämmungen oder an die Nutzungszeiten angepasste Heiz- oder Beleuchtungsleistungen.

Zudem sollten die **elektrischen Geräte** in der Verwaltung, beispielsweise PC, Drucker und ähnliche Geräte **auf ihre Energieeffizienz geprüft** werden bzw. bei Neanschaffungen auf Energieeffizienz geachtet werden. Auch sollte ein **Leitfaden für energiebewusste Geräte- und Anlagennutzung** entwickelt werden, damit beispielsweise Geräte nach der Nutzung vollständig abgeschaltet werden und nicht noch im Standby-Betrieb unnötig Energie verbrauchen.

Zusätzlich sind alle Möglichkeiten zu nutzen, das Thema „Umwelt und Klimawandel“ ins Bewusstsein der Bürger zu rücken. Dazu könnte die Gemeindeverwaltung beispielsweise mit Energieversorgern Themenabende organisieren oder in Kooperation mit den Schulen entsprechend thematisierte Projektstage initiieren. Dazu sollte das Thema breit angelegt angeboten werden, so dass z.B. auch die alternative Nutzung des Fahrrades anstelle des Schulbusses, privaten PKW's o. ä. Raum findet.

Zur Energiegewinnung setzen sich die Freien Wähler außerdem dafür ein, **Bürger-Solaranlagen** auf dafür geeigneten öffentlichen Gebäuden zu installieren und zu betreiben.

Grundsätzlich stehen wir Freien Wähler positiv den **Windkraftanlagen und Biogas-Anlagen** gegenüber. Allerdings ist dabei insbesondere darauf zu achten, dass **ausgereifte Technik** verwendet wird (bei Biogas-Anlagen insbesondere mit Kraft-Wärme-Kopplung und mit ökologisch verträglichen Betriebsstoffen). Außerdem müssen die **Standorte für solche Anlagen sozialverträglich gewählt** werden, damit durch ihren Betrieb keine Belastungen durch Lärm, Verkehr, Stroboskopeffekte oder üble Gerüche für die Menschen in der nahen Umgebung eintreten. Konkrete Projekte und Standorte für solche Anlagen sehen wir jedoch aktuell und in naher Zukunft für Jüchen nicht. Dennoch sollten auch solche Möglichkeiten der Energiegewinnung für ggf. anstehende große Bauvorhaben oder Gewerbepfanungen in Betracht gezogen werden. Deutlich mehr Möglichkeiten sehen wir in dieser Hinsicht jedoch für die Nutzung von **Blockheizkraftwerken** (auch mit Biogas zu betreiben), die beispielsweise Neubaugebiete mit Wärme und Strom versorgen können. Wir setzen uns daher dafür ein, bei entsprechenden Projekten Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für ein Blockheizkraftwerk anzustellen und davon abhängig eine Installation in die Planungen einzubeziehen.

2.5.2 Auswirkungen des Tagebaus und der Kohlekraftwerke: Balance zwischen Wirtschaftsinteressen, persönlichen Interessen und Belastungen der Allgemeinheit

Der vor unseren Türen liegende Braunkohlentagebau Garzweiler II sowie die Kohlekraftwerke im Stadtgebiet Grevenbroich und in der umliegenden Region können nur mit ambivalenten Gefühlen betrachtet werden.

Einerseits sind der Tagebau und die von ihm abhängenden umliegenden Kohlekraftwerke der größte Arbeitgeber in der Region, andererseits gehen Gesundheitsgefahren für die in der Region lebenden Menschen davon aus. Zum einen ist die Sicherung der Energieversorgung ein wichtiges Gemeingut, andererseits sind ökologische Folgen durch Tagebau und CO²-Emissionen der Kraftwerke unabsehbar.

Ambivalent wird aber auch die Kommunikation mit dem hinter dem Tagebau und Kraftwerken stehenden Konzern RWE Power AG erlebt. Einerseits investiert das Unternehmen Gelder in Stiftungen (z.B. Schloss Dyck-Stiftung), andere soziale und kulturelle Projekte und auch in Maßnahmen im Zusammenhang mit den Umsiedlungen. Andererseits erleben Bürger und auch Verbände, die wegen entsprechender Belastungen, Gefahren und Schäden mit dem Konzern Kontakt haben, das Unternehmen oft als wenig entgegenkommend und nicht immer als verantwortungsbewusst agierend. Der Konzern wird dabei oft als übermächtiger Gegner empfunden. Und das obwohl er immerhin im vergangenen Jahr rund 6 Milliarden Euro an Gewinnen eingefahren hat.

Letztlich müssen die verschiedenen Faktoren und Interessen als bestehende Tatsachen behandelt werden. Dennoch sieht die FWG Jüchen auch einige politische Einflussmöglichkeiten, die geeignet sind, wieder ein ausgewogenes Verhältnis zugunsten der Bürger herzustellen. Die FWG Jüchen hält es für erforderlich, dass die RWE Power AG sich deutlicher als bisher mit den Wirkungen ihres Handelns auseinandersetzt und verantwortungsbewusst agiert.

Tagebau, Grundwasser und Bergschäden

Gerade in den letzten 3 – 4 Jahren häufen sich die Beschwerden über Bergschäden, die durch den Tagebau verursacht werden. Schäden traten vor allem an Häusern in Hochneukirch auf, die nur noch wenige hundert Meter von der Abbruchkante entfernt sind. Da es sich im Regelfall um ältere Häuser handelt und nahezu zeitgleich auftretende Schäden bei rund 50 Häusern kaum einen Zufall darstellen, ist die Annahme von Bergschäden nahe liegend.

Dennoch hat die Kontaktaufnahme von Betroffenen mit dem Bergbautreibenden nur zu ablehnenden Standard-Schreiben geführt. Die Betroffenen sind bis heute auf ihren Schäden sitzen geblieben. Ganz offenbar hat sich die einstmals unkomplizierte Regulierungspraxis zu Ungunsten der geschädigten Hausbesitzer verändert. In der Regel führt RWE auch keine Ortstermine durch.

Die FWG Jüchen unterstützt bereits seit 2006 die Betroffenen und hat seitdem wiederholt politische Forderungen aufgestellt, zuletzt nach den durch den Tagebau verursachten Erdbeben im Dezember 2008.

Wir Freien Wähler werden uns auch weiterhin für die Belange der geschädigten Hausbesitzer einsetzen. Dazu haben wir bereits Kontakt mit dem Wirtschaftsministerium NRW und dem Landtag aufgenommen. Wir werden die Petitionen der Geschädigten bündeln und an die genannten Institutionen weiterleiten.

Zudem haben wir uns einem überregionalen Netzwerk „Bergschäden durch den Tagebau“ in der Region angeschlossen, um die Interessen der Jüchener noch besser vertreten zu können.

Die Freien Wähler werden vor allem an dem Ziel festhalten, den RWE-Konzern zum Beitritt zur „Schlichtungsstelle Bergschäden“ zu bewegen, um durch einen unparteiischen Mittler Schadensregulierungen für die betroffenen Bürger in Jüchen möglich zu machen.

Feinstaubemissionen durch die Kraftwerke

Veröffentlichungen verschiedenster Umweltorganisation (z.B. Greenpeace, BUND, NABU) ist zu entnehmen, dass NRW insbesondere wegen seiner Kohlekraftwerke einen sehr hohen Anteil an den CO²-Emissionen hat und damit als Schlusslicht beim Klimaschutz in Deutschland anzusehen ist.

Die beiden Braunkohlekraftwerke in Neurath und Frimmersdorf allein belasten mit rund 40 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid jährlich die Atmosphäre und stellen damit enorme Klimakiller dar. Diese Situation wird sich auch nicht entscheidend bessern, wenn das derzeit im Bau befindliche Großkraftwerk 2010 ans Netz gehen wird, denn es werden rund 35 Millionen Tonnen an CO²-Belastungen bleiben, auch wenn die beiden anderen Kraftwerke abgeschaltet werden.

Diese Belastungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Menschen, die in der Region und damit auch in Jüchen leben. Denn die Feinstäube werden von den Menschen eingeatmet und sind voll lungengängig, das heißt, sie setzen sich in den Bronchien fest und können dadurch Lungenkrebs, Asthma und andere Atemwegserkrankungen sowie Allergien auslösen.

Die einzig richtige politische Forderung kann daher nur sein, langfristig auf einen Energiemix zu setzen, der Kohlekraftwerke dieser Art entbehrlich macht. Die FWG Jüchen fordert daher sowohl die Landes- und Bundesregierung, aber insbesondere den RWE – Konzern auf, die Schwerpunkte der Energiegewinnung zu verändern und Kohlekraftwerke nach einem zeitlich befristeten Plan stillzulegen. **Um Arbeitsplatzabbau zu verhindern, fordern wir gleichzeitig, vorhandene Arbeitsplätze in Arbeitsplätze für alternative Energie umzuwandeln.**

Radioaktivität und Feinstaub durch den Tagebau Garzweiler

Ein weiteres Feinstaub-Problem stellt sich durch den Tagebau dar. Untersuchungen bestätigen, dass der Tagebau in unserer Region die größte Feinstaub-Quelle darstellt und die erlaubten Grenzwerte häufig überschritten werden.

Der unsichtbare Feinstaub muss übrigens unterschieden werden vom Grobstaub, den viele Bürger als schmutzigen braunen Dreck auf Balkonen, Terrassen und der Wäsche kennen. Feinstaub hat eine Absenkgeschwindigkeit von nur wenigen Zentimetern pro Tag und ist voll lungengängig, das heißt, er dringt im Gegensatz zum Grobstaub bis in die feinsten Lungenverästelungen ein und setzt sich dort zum Großteil fest.

Neben den allgemeinen Gesundheitsgefahren durch Feinstaub geht aus dem Tagebau auch Radioaktivität als weitere Gefahrenquelle hervor und tritt zudem mit Feinstaub in Kombination auf. Die Problematik ergibt sich durch das Abbaggern, bei dem das Gleichgewicht des natürlich im Erdboden gelagerten Uran gestört wird und dadurch radioaktive Zerfallsprodukte bildet. Unter anderem bildet sich das radioaktive Gas Radon, das sich an den Feinstaub anhängt und mit der Thermik im Tagebau in die Atmosphäre gelangt.

Neben dem Rauchen stellt Radon die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs dar.

Das Problem radioaktiver Strahlung durch den Tagebaubetrieb ist unverständlicherweise bislang in der Region kaum bekannt geworden. Dabei gehen davon deutliche Gesundheitsgefahren gerade für Menschen in unmittelbarer Nähe des Tagebaus aus. Die FWG Jüchen hat bereits in Informationsveranstaltungen seit 2004 auf das Problem aufmerksam gemacht.

Die Freien Wähler werden sich auch weiterhin für Maßnahmen zur Luftreinhaltung einsetzen und entsprechende Initiativen unterstützen. Insbesondere fordern sie die zuständigen Behörden und Bergämter auf, nachhaltig ihren Kontrollpflichten nachzukommen und mit konkreten Maßnahmen und Auflagen gegen den Bergbautreibenden auf die Luftreinhaltung hinzuwirken.

Unter dem Strich bleibt für die FWG Jüchen stehen, dass ein Konzern, der sich als größter Braunkohlenbergbautreibender der Welt sieht und jährlich milliardenschwere Gewinne mit hohen Zuwachsraten erwirtschaften kann, deutlich mehr für den Ausgleich der durch ihn verursachten Umwelt- und Gesundheitsbelastungen tun muss, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Kernpunkte des FWG Programms für die Wahlperiode 2009 - 2014

- ✘** Jüchen benötigt eine ganzheitliche und übergreifende Strategie, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Freie Wähler fordern die Strategieentwicklung ein.
- ✘** Eine der größten Herausforderungen stellt der demographische Wandel dar. Den Entwicklungen will die FWG Jüchen planvoll begegnen und fordert die Einrichtung einer Stabsstelle „Demographie“ im Rathaus.
- ✘** Der zunehmend älter werdenden Gesellschaft ist durch Maßnahmen der Barrierefreiheit in Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen etc. zu begegnen. Gleichzeitig ist verstärkte Netzwerkarbeit erforderlich, um den Bedürfnissen der Senioren Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere auch für generationenübergreifendes und betreutes Wohnen, der ambulanten Pflege, aber auch für angepasste Rahmenbedingungen im ÖPNV
- ✘** Die Interessen von jungen Familien sind in der Gemeinde stärker zu berücksichtigen. Die Attraktivität der Gemeinde Jüchen ist weiter auszubauen und zu bewerben. Dies gilt insbesondere für Kinderbetreuungsangebote und weitere familienfreundliche Angebote, die vernetzt auf einer Internetplattform offeriert werden sollen. Zudem sollen ein Anreiz für Neuansiedlungen durch spezielle Familienfördermittel geschaffen werden.
- ✘** Die FWG Jüchen setzt sich verstärkt für interkommunale Kooperation und für die Zusammenarbeit mit privaten Partnern ein.
- ✘** Die Freien Wähler positionieren sich für die konzentrierte Entwicklung der Kernzentren der Gemeinde, nämlich Hochneukirch, Jüchen und Bedburdyck-Gierath. Zudem ist dem Bauen im Bestand Vorrang gegenüber teuren Neubauprojekten zu geben.
- ✘** Ein Schwerpunkt der Demographiemaßnahmen muss der Jugend zukommen. Um den Bedürfnissen der jungen Menschen nachzukommen, sind mehr Treff- und Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, mehr Mittel in die Jugendbetreuung zu stecken und mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen. Zudem ist eine Belebung der Zentren in unserer Gemeinde erforderlich. Weiterhin ist durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung die Situation der Ausbildungs- und Arbeitsplätze in unserer Gemeinde zu verbessern.
- ✘** Die FWG Jüchen setzt sich für sachgerechte Umgehungsstraßenlösungen und bauliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in besonders mit Durchgangsverkehren belasteten Orten wie Hackhausen, Schaan und Kelzenberg ein. Auch die Kontrollen im Verkehr besonders in verkehrsberuhigten Bereichen sollen zum Schutz der Kinder und Senioren als schwächste Verkehrsteilnehmer optimiert werden. Zudem bringen wir uns für ein besseres ÖPNV-Konzept ein.

- ✘** Nach Auffassung der Freien Wähler benötigt Jüchen endlich ein klares Signal zur Entschuldung des ruinösen Haushaltes. Investitionen dürfen nur noch nach dem Prinzip des Notwendigen, nicht mehr allein nach dem des Wünschenswerten getätigt werden. Wir fordern zudem die Aufstellung eines Tilgungsplans. Beträge die durch eine verstärkte Tilgung nicht mehr für Zinszahlungen benötigt werden, sollen einem Fond zugute kommen, aus dem soziale Projekte, z.B. zur Jugendarbeit finanziert und gefördert werden. Langfristig ermöglicht die Entschuldung neue Gestaltungsmöglichkeiten. Außerdem will die FWG Jüchen dann sukzessive die Gebührenlast der Bürger senken.
- ✘** Jüchen benötigt gleichzeitig eine verbesserte Einnahmesituation. Dazu soll die Wirtschaftsförderung bei der Verwaltung sich konzentrierter aufstellen und zur Chefsache deklariert werden. Standortvorteile sind klar hervorzuheben, zu bewerben und in proaktiver Ansprache an Unternehmen heranzutragen. Zur Steigerung der Standortattraktivität und als antizyklische Maßnahme zur Finanzkrise soll nach unserer Auffassung der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt werden. Eine „Jüchen-GmbH“ soll als Entwicklungsgesellschaft ein Flächen- und Gewerbemanagement voranbringen, das den Etat der Gemeinde nicht belastet. Zudem macht sich die FWG Jüchen für den Erwerb von Stadtrechten und entsprechender Kompetenzen stark, damit Jüchen unabhängiger und flexibler bei Entscheidungen und Verhandlungen mit Unternehmen ist.
- ✘** Die FWG Jüchen setzt sich für ein verschärftes Bewusstsein im Umgang mit unserer Umwelt und ihren Ressourcen sowie für die Gesundheit der Menschen in Jüchen ein. Insbesondere sehen wir das Erfordernis für Energiekonzepte für öffentliche Gebäude und in der Verwaltung genutzte Gerätschaften. Es sollen nur besonders energieeffiziente Geräte genutzt werden. Weiter streben wir die Errichtung von Bürger-Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden an und setzen uns für Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien ein.
- ✘** Die Freien Wähler betrachten den Braunkohlentagebau und die Kohlekraftwerke in der Region mit ambivalenten Gefühlen. Einerseits achten wir die RWE Power AG als größten Arbeitgeber in der Region und die Energieversorgung als wichtiges Gemeingut. Andererseits haben wir deutliche Forderungen an die Verantwortung des Konzerns für die Umwelt und die Menschen im Umfeld des Tagebaus und der Kraftwerke. Die Freien Wähler stellen sich daher deutlich hinter die Interessen bergbaugeschädigter Hausbesitzer in Jüchen und fordern RWE auf, der Schlichtungsstelle Bergschäden beizutreten. Außerdem sehen wir besondere Maßnahmen zum Schutz der Menschen vor Feinstaub und insbesondere radioaktivem Feinstaub im Umfeld des Tagebaus als erforderlich an. In der Gesamtschau ist RWE und die Politik gehalten bei der künftigen Energiepolitik stärker auf einen Energiemix aus erneuerbaren Ressourcen zu setzen und auf den Einsatz von Kohlekraftwerken künftig zu verzichten.

Impressum:

Freie Wählergemeinschaft Jüchen (FWG Jüchen)

Vorsitz: Stefan Thomaßen

Anschrift: Franz-Rixen-Str. 29, 41363 Jüchen

Telefon: 02165 / 879 481

Mobil: 0176 / 50 255 34

E-Mail: info@fwg-juechen.de

Internet: www.fwg-juechen.de